

Harlem Désir

## Die Sicherheit von Journalisten als Priorität für die OSZE

Die Sicherheit von Journalisten verschlechtert sich in vielen Ländern in der OSZE-Region rapide. In den letzten Jahren hat der OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit (*Representative on Freedom of the Media*, RFOM) in rund 200 Fällen pro Jahr interveniert, in denen es um die Sicherheit von Journalisten ging, darunter Angriffe und Todesdrohungen, aber auch Hunderte von strafrechtlichen Ermittlungen, die gegen kritische Stimmen eingeleitet wurden.

Schikanen und Einschüchterungen haben ein nie dagewesenes Ausmaß erreicht, fast täglich kommt es in – und auch außerhalb – der gesamten OSZE-Region zu Gewaltakten gegen Journalisten. Kein Land und keine Region ist davon verschont geblieben. Die Ermordung von Daphne Caruana Galizia in Malta im Oktober 2017 und von Ján Kuciak in der Slowakei im Februar 2018, die Schüsse auf Olivera Lakić in Montenegro im Mai 2018, die Ermordung von fünf Mitarbeitern der *Capital Gazette* in den Vereinigten Staaten im Juni 2018, die Ermordung des saudi-arabischen Journalisten Jamal Khashoggi in seinem Konsulat in Istanbul im Oktober 2018, die Erschießung der jungen Journalistin Lyra McKee in Nordirland im April 2019, der Tod von Wadym Komarow im Juni 2019, wenige Wochen nachdem er im Mai in der Stadt Tscherkassy (Ukraine) brutal angegriffen worden und ins Koma gefallen war, und davor die Ermordung von Pawel Scheremet, ebenfalls in der Ukraine, im Juli 2016 sowie der Terroranschlag auf die Journalisten von *Charlie Hebdo* in Frankreich im Januar 2015 – dies sind nur einige der schockierenden und abscheulichen Beispiele für das Umfeld, mit dem Medienschaffende heutzutage konfrontiert sind.

Journalisten und Journalistinnen verdienen nicht nur Bewunderung für ihre Arbeit und ihren täglichen Mut. Journalisten und Journalistinnen verdienen in erster Linie Schutz vor Straftaten – und Gerechtigkeit für an ihnen begangene Verbrechen.

Es sind nicht nur die Journalisten, die angegriffen werden, sondern die Grundlagen der Demokratie; es ist die Funktion der Presse, die Machthaber zur Verantwortung zu ziehen, die angegriffen wird. Es ist die Rede- und die Meinungsfreiheit. Es ist das Recht der Bürgerinnen und Bürger, über Korruption und alle anderen Belange, die ihr tägliches Leben betreffen, informiert zu werden. Wenn Journalisten angegriffen werden, sind die Freiheiten aller in Gefahr.

Besonders alarmierend ist für mich die Kombination von Drohungen gegen die freien Medien aus politischen, wirtschaftlichen und/oder ideologischen Gründen. Infolge der systematischen Verunglimpfung der Presse halten es immer

mehr Menschen für akzeptabel, den Boten anzugreifen, weil ihnen die Botschaft nicht gefällt, obwohl Journalisten in ganz unterschiedlichen Kontexten arbeiten.

Heute, in einer Zeit, in der die Risiken und Herausforderungen für die Presse und die Pressefreiheit zunehmen, müssen wir ein weltweites Netz des Bewusstseins und der Solidarität aufbauen, um die Pressefreiheit zu verteidigen. Vor allem aber müssen wir unsere gemeinsamen Anstrengungen zur Förderung eines sicheren Umfelds für Journalisten verstärken, eines Umfelds, das sicher ist vor Einschüchterung, sicher vor Schikanen und sicher vor Gewalt.

Die 57 OSZE-Teilnehmerstaaten haben die Bedeutung dieses Themas im Dezember 2018 in Mailand erkannt, als sie einstimmig einen OSZE-Ministerratsbeschluss über die Sicherheit von Journalisten verabschiedeten – den ersten seit 20 Jahren –, in dem sie den Ernst der Lage feststellten und erklärten, sie seien „zutiefst besorgt über alle Verletzungen der Menschenrechte und Verstöße gegen die Sicherheit von Journalisten, einschließlich Tötung, Folter, Verschwindenlassen, willkürlicher Festnahme, willkürlicher Haft und willkürlicher Ausweisung, Einschüchterung, Schikanen und Bedrohungen aller Art, ob physischer, rechtlicher, politischer, technologischer oder wirtschaftlicher Natur, zu dem Zweck, ihre Arbeit zu unterdrücken“.<sup>1</sup>

Die Teilnehmerstaaten forderten „politische Führungspersonlichkeiten, öffentliche Amtsträger und/oder Behörden eindringlich auf[...], die Einschüchterung, Bedrohung oder Nachsicht gegenüber Gewalt gegen Journalisten zu unterlassen, und sie vorbehaltlos zu verurteilen, um die Risiken oder Drohungen, mit denen Journalisten konfrontiert sein können, zu verringern und zu verhindern, dass das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit von Journalisten und die Achtung für die Bedeutung von unabhängigem Journalismus untergraben werden“.<sup>2</sup>

Der Ministerratsbeschluss stellte auch fest, dass Journalistinnen die Hauptlast von Online-Gewalt, Belästigung und Einschüchterung tragen – als Frauen und als Journalistinnen. In der Tat waren wir erstaunt über die spezielle Art von geschlechtsspezifischer Gewalt, der Journalistinnen im Internet ausgesetzt sind, insbesondere über die Flut von sexuell eindeutigen und frauenfeindlichen Beleidigungen.<sup>3</sup> Die Entwicklung dieser Angriffe haben wir in allen Ländern der OSZE-Region beobachtet.

Diese Art der Online-Einschüchterung und -Belästigung wird gegen investigative Journalisten eingesetzt, um sie dazu zu bringen, ihre Arbeit aufzugeben; sie setzt Reporter unter Druck; sie wird gegen kritische Stimmen eingesetzt, um sie zum Schweigen zu bringen; sie wird aber auch zunehmend gegen Journalistinnen eingesetzt, unabhängig von ihrem Arbeitsgebiet in den Medien.

---

1 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Ministerrat, Mailand 2018, Beschluss Nr. 3/18, Die Sicherheit von Journalisten, MC.DEC/3/18/Corr.1, 7. Dezember 2018, S. 2, unter: <https://www.osce.org/chairmanship/406538>.

2 Ebenda, S. 4.

3 Vgl. ebenda.

Mit der Verabschiedung von Ministerratsbeschluss Nr. 3/18 haben die OSZE-Teilnehmerstaaten bestätigt, dass wir dringend handeln müssen, um die Sicherheit von Journalisten zu verbessern. Jetzt ist die Zeit gekommen, diesen Beschluss umzusetzen.

Was bedeutet das? Neben Gewalt gegen Journalisten, Einschüchterung und Schikanen gibt es einen erschreckenden Mangel an strafrechtlicher Verfolgung der Täter. Es ist inakzeptabel, dass die meisten Drohungen gegen und Angriffe auf Journalisten und Medienunternehmen nicht umfassend untersucht oder gründlich und wirksam verfolgt werden. Die von meinem Büro im Jahr 2017 durchgeführte Untersuchung der Fälle der über 400 getöteten Journalistinnen und Journalisten in der OSZE-Region in den letzten 25 Jahren hat gezeigt, dass in 85 Prozent der Fälle die Täter oder Drahtzieher nicht vor Gericht gestellt wurden und überwiegend straffrei blieben. Wir können nicht zulassen, dass sich dieser Trend fortsetzt. Er gehört zu den Haupthindernissen für die Gewährleistung der Sicherheit von Journalisten; er führt zu Selbstzensur und hat eine abschreckende Wirkung auf die Freiheit der Medien.

Diese Straflosigkeit ist nicht unvermeidlich, und es wäre ein schwerer Rückschlag für die Staaten, das Gegenteil einzugestehen. Wir müssen jeder Form von Nachsicht oder Schutz für die Mörder von Journalisten ein Ende bereiten. Regierungen, die von sich behaupten, die Arbeit der Medien zu unterstützen und die OSZE-Verpflichtungen einzuhalten, müssen der Sicherheit von Journalisten höhere Priorität einräumen. Politische Verpflichtungen zum Schutz der Medienfreiheit sind wichtig, aber ohne eine wirksame und zeitnahe Verfolgung und Bestrafung derjenigen, die für Verbrechen an Journalisten verantwortlich sind, wird sich nichts ändern. Das bedeutet:

- Regierungen und Strafverfolgungsbehörden müssen die klare Botschaft aussenden, dass Angriffe auf Journalisten nicht toleriert werden;
- sobald ein Journalist Opfer eines Angriffs wird, müssen schnelle und effiziente Ermittlungen aufgenommen werden;
- Beweise müssen professionell sichergestellt werden mit dem Ziel, alle Verantwortlichen strafrechtlich zu verfolgen;
- Staatsanwälte müssen darin geschult werden, das Wesen der Medienarbeit zu verstehen und zu begreifen, warum Medienschaffende gefährdet und Einschüchterung und Schikanen ausgesetzt sind;
- Richter müssen strafrechtliche Sanktionen und Urteile für diese Straftaten in voller Übereinstimmung mit dem Gesetz und den begangenen Straftaten angemessen verhängen.

Der OSZE-Ministerratsbeschluss fordert die Staaten auch auf, „[...] die Sammlung, Auswertung und Meldung nationaler Daten über Angriffe und Gewalt gegen Journalisten einzuführen [...]“<sup>4</sup>

---

4 Ebenda, S. 5.

Wir sind bereit, dies zu unterstützen, und schlagen vor, in jedem Teilnehmerstaat ein nationales Komitee für die Sicherheit von Journalisten einzurichten, das sich aus Vertretern der Staatsanwaltschaft, der Polizei und von Journalistenverbänden zusammensetzt und den Auftrag hat, zu überprüfen, ob alle Angriffe und Drohungen ordnungsgemäß untersucht werden, die Verfahren bei Bedarf zu verbessern, erforderlichenfalls Schutzmaßnahmen vorzuschlagen und vorbeugende Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit von Journalisten durchzuführen.

Es ist von größter Bedeutung, dass eine wirksame Gesetzgebung entwickelt wird, mit der sichergestellt wird, dass alle Angriffe untersucht und die Täter vor Gericht gestellt werden.

Wir erleben heute, dass neue Technologien allzu oft die Möglichkeiten für den Online-Missbrauch erhöhen und nur selten mit Maßnahmen zur Reduzierung von Online-Risiken einhergehen. Wir müssen das Recht auf freie Meinungsäußerung im Internet verteidigen und fördern, aber es muss auch eine Diskussion über den Missbrauch und die Verwendung bestimmter Tools geben. Algorithmen und automatisierte Systeme wie Chatbots können die Benutzerkonten von Journalisten im Handumdrehen mit Hunderten von Hassbotschaften überfluten. Man denke nur daran, wie oft diese Tools gegen Journalisten eingesetzt werden, z.B. beim Doxing – der Veröffentlichung von privaten oder personenbezogenen Daten im Internet ohne die Zustimmung der betreffenden Person – oder bei anderen bösartigen Online-Angriffen.

Es ist ermutigend, dass Medien, die Zivilgesellschaft und andere damit begonnen haben, Online-Sicherheitsprotokolle zu entwickeln und Journalisten Unterstützung anzubieten. Wir sollten jedoch nicht die Tatsache aus den Augen verlieren, dass andere Medienakteure selbstständig und fernab in ihren Online-Räumen arbeiten. Viele freiberufliche Journalisten sind aus diesen Gründen verwundbarer und stehen vor größeren Hürden, die sie daran hindern, auf diese Schutzsysteme zuzugreifen. Ein weiteres Phänomen, das in letzter Zeit meine Aufmerksamkeit erregt hat, ist die Fülle neuer, alternativer Formen der Unterstützung, die im Online-Raum voll einsatzfähig sind und Journalisten, die von Online-Bedrohungen betroffen sind, Hilfe anbieten.

Die OSZE-Teilnehmerstaaten tragen eine besondere Verantwortung und haben die Pflicht, den in Mailand verabschiedeten OSZE-Ministerratsbeschluss in die Praxis umzusetzen:

- Sie sollten, falls erforderlich, ihre Gesetzgebung anpassen, um die Sicherheit von Journalisten besser zu gewährleisten;
- sie sollten gewährleisten, dass die Strafverfolgungsbehörden ihr Personal darin schulen, in Übereinstimmung mit internationalen Menschenrechtsstandards Sicherheitsbedrohungen im Rahmen der Gesetzgebung zu erkennen;

- sie sollten die strategische Koordination zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und Medienorganisationen unterstützen und das gegenseitige Verständnis fördern;
- wir ermutigen die Staaten, mit nichtstaatlichen Akteuren, insbesondere mit der Zivilgesellschaft, Journalistenverbänden, Internetvermittlern und Social-Media-Plattformen, zusammenzuarbeiten, um Risiken vorzubeugen und Schutzmechanismen zu verbessern;
- alle Akteure sollten ebenfalls Unterstützung anbieten und neue Programme und Initiativen fördern, um der Online-Belästigung speziell von Journalistinnen entgegenzuwirken;
- die Medienunternehmen sollten ihrerseits über interne Richtlinien und Mechanismen zur Unterstützung von Journalisten verfügen, für den Fall, dass sie bedroht werden; eine solche Unterstützung sollte auch für freiberufliche Journalisten entwickelt werden;
- Medienunternehmen sollten auf die Vielfalt ihrer Redaktionen achten und sicherstellen, dass diese die Vielfalt ihrer Gesellschaften widerspiegeln, um so zu einer Vielzahl von Perspektiven beizutragen.

Um echte Pluralität und Stimmenvielfalt zu gewährleisten, ist es entscheidend, dass die globalen Bemühungen einen vielschichtigen Ansatz verfolgen, der auch Gendersensibilität einschließt und sich mit den verschiedenen Ebenen von Bedrohungen und Hindernissen für die freie Meinungsäußerung befasst.